Elvira Franz
Künstlerin
Mitglied des Bundesvorstandes
Ortsstraße 11, 28701 Wilmersdorf

Erklärung

Nach dem Austritt Berlins aus dem Bundesverband und dem von Christine Jung aus dem Vorstand sehe auch ich die Notwendigkeit, meine Ansicht dem Bundesvorstand und den Landesverbänden zur Kenntnis zu geben. Ich kann Christianes Erklärung nur zustimmen, würde ich auch auf Grund meiner Persönlichkeitsstruktur nie so harte Worte formulieren können.
Für mich sehe ich aber nicht diese Rückzugsmöglichkeit, bin ich doch seit 1991 im Vorstand und habe meinen Enthusiasmus längs begraben, vieles aufgegeben und kaum etwas durchsetzen können... Nur auf Drängen von Ost-Landesverbänden habe ich mich in Dessau nochmals der Wahl gestellt, hoffend, dass mit der neuen Zusammensetzung des Vorstandes gravierende Veränderungen möglich würden. Leider war auch diese Hoffnung unrealistisch.

Heute bin ich mehr denn je überzeugt davon, dass der BBK dringend wirklich einschneidender Veränderungen bedarf. Und ich bin überzeugt, dass wir die jetzt eingetretene Situation auch als Chance begreifen müssen, als Anstoß die längst überfälligen Veränderungen in Angriff zu nehmen. Denn nicht zuletzt muss nun der aktuellen Situation Rechnung getragen werden:

Dass der BBK Berlins seinen Sitz in der Bundeshauptstadt hat und ständig präsent ist, während der Bundesverband über eine Raumecke mit Schreibtisch verfügt, der seit dem Weggang von Ulla Hundemer noch nicht einmal besetzt ist. Das Berliner Büro muss stärker an die Bonner Geschäftsstelle angebunden sein und es müssen Aufgaben von Bonn nach Berlin ausgelagert werden, um eine qualifizierte Besetzung und Bezahlung zu erreichen.

Dass dem BBK jetzt über 20.000 Euro jährlich im Haushalt fehlen, eine Summe die der Thüringer VBK nicht einfach einsparen könnte. So wäre die Aktivierung von Rücklagen nicht die angemessene Reaktion, kann man diese doch nur einmal hervorholen und gilt es mit 20.000 Euro weniger pro Haushaltsjahr auszukommen. Viele Landesverbände werden einer weiteren Erhöhung der Umlage nicht mehr zustimmen können, fehlt dieses Geld längst bei der Finanzierung auf Landesebene. Die fortdauernde Kürzung von Fördermitteln ist kein Gerücht, sondern bittere Realität, die das Überleben erschwert. Wie kann da ein Dachverband annehmen, dass er ohne einschneidende Kürzungen überdauert. Gefordert sind Konzepte und Ideen, wie mit dieser Situation umzugehen ist und dies kann nicht nur eine Rechenaufgabe für den Schatzmeister sein, ist der Haushalt doch Ausdruck von Struktur und Politik des Verbandes.
So ist schon allen die Haushaltslage Grund genug, über eine andere Schwerpunktsetzung in der Verbandsarbeit, nachzudenken, ja alle Positionen auf den Prüfstand zu stellen, die Ausgaben deutlich zu verringern, dabei die Interessenvertretung vor Ort, in Berlin neu zu bewerten, Mittel für eine Stärkung der Verbindung zu den Landesverbänden einzustellen, das Erstellen einer Internetplattform und deren Pflege vorzusehen und, und, und.

Aber es gibt noch weitere gewichtige Gründe, über Veränderungen im BBK nachzudenken, will man nicht riskieren, dass weitere Landesverbände die Interessenvertretung als unprofessionell und unbefriedigend einschätzen und sich aus der Solidargemeinschaft zurückziehen.
Unsere Öffentlichkeitsarbeit lässt stark zu wünschen übrig, nicht nur dass so manche Presseerklärung des Sprechers (nicht einmal inhaltlich mit dem Vorstand abgestimmt) hilflos und ungeschickt, ja für das Ansehen des BBK sogar schädlich ist, die gesamte Öffentlichkeitsarbeit lässt jedes Konzept vermissen. Als das Thema von Christiane und mir im Vorstand angesprochen wurde, war man schnell damit fertig und beauftrage uns mit einer

entsprechenden Zuarbeit. Nicht zu vergessen ist aber, dass allein der Sprecher die Öffentlichkeitsarbeit wahrnehmen darf und sie ausgestaltet. Unsere Zuarbeit zum Thema liegt längst vor, wurde im Vorstand bis zu Christianes Austritt aber nicht diskutiert.

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBK muss professionalisiert werden, dazu sind dem Bundesausschuss geeignete Vorschläge zu unterbreiten.
Konzept, Herstellung und Drucklegung der Kulturpolitik müssen auf den Prüfstand, Vorschläge sollten von den Landesverbänden kommen, nicht von den bisherigen Machern, die in Änderungsvorschlägen nur die Kritik ihrer bisherigen Arbeit sehen.
Unsere Basisarbeit krankt seit Jahren, Ausschusssitzungen gibt es in der Regel nur noch eine pro Jahr. Arbeitsweise und Denkstrukturen im Bundesvorstand könnte man durchaus als dem demokratischen Zentralismus nahestehend beschreiben. Das sollte sich grundlegend ändern. Für eine intensive Zusammenarbeit mit den Landesverbänden, die über die übliche jährliche Bundesausschusssitzung hinausgeht, müssen im Haushalt Gelder vorgesehen werden.

Und ich wende mich auch dagegen, dass allein Herbert Mondry an der jetzigen unerträglichen Situation die Schuld trägt. Sicherlich haben seine Methoden zur Verschärfung des Umgangstons im Vorstand maßgeblich beigetragen, aber es darf nicht vergessen werden, dass er in Dessau von einer nicht zu vernachlässigenden Anzahl Delegierter in den Vorstand gewählt wurde und nicht nur von den Berliner Vertretern, die mit seiner Wahl ihrem Wunsch nach Veränderung deutlich machten.

Die Zusammenarbeit innerhalb des Bundesvorstands ist zu diskutieren, von den Zuständigkeiten und Verantwortlichkeit, Rechten und Pflichten über die Anwendung des Kollegialitätsprinzips bi zur Festlegung der Sitzungstermine zu Jahresbeginn um Interessierten Mitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen und ständigen Tagesordnungspunkten für die Vorstandssitzungen, die beispielsweise die Verbindung zur Basis ausdrücken wie „Berichte der Vorstandsmitglieder über die von ihnen betreuten Landesverbände“.

Natürlich sehe ich auch, dass die Mitglieder die Bundesverstandes wichtige Arbeit leisten und einen großen Teil ihrer Freizeit für dieses Ehrenamt opfern. Nur ist jetzt nicht die Zeit für Lob und Huldigung.
Die entscheidende Frage für mich ist heute, ob mit dem jetzigen Bundesvorstand, wirkliche Veränderungen zu erreichen sind, beispielsweise auch die Entwicklung des BBK zu einem Dienstleistungsverband für seine Mitglieder.

In der letzten Bundesvorstandsitzung, die sich Krisensitzung nannte, war es nicht einmal möglich, die Konsequenzen des Berliner Austritts für den Haushalt zu erörtern.

Eine Chance könnte es noch geben, soll doch noch in diesem Jahr–entgegen der Planung–eine Bundesausschusssitzung stattfinden.
Allerdings gibt es keinen Termin, zu dem der Vorstand ausreichend Zeit hätte, ber Veränderungen zu diskutieren, diese zu Papier zu bringen und dem Bundesausschuss als Tischvorlage zur Verfügung zu stellen.

Deshalb steht für mich fest, sollten wir uns im Bundesvorstand bis zum Jahresende nicht mehrheitlich zu konkreten, gravierenden Veränderung entschließen können, werde ich mich für die Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung in 2004 einsetzen, mit dem Ziel eine personelle Veränderung des Bundesvorstandes herbeizuführen.

Wilmersdorf, den 13. August 2003
Elvira Franz

Verteiler: BKK-Landes- und Bezirksverbände, Mitglieder des Bundesvorstandes